

## Der Fall Chen

von Günter Whittome, Taipei

Chen Shui-pien, ehemals erfolgreicher und beliebter Bürgermeister von Taipei, Präsident von Taiwan zwischen Mai 2000 und Mai 2008 sowie international geachteter Anwalt für Demokratie und Menschenrechte sitzt mit kurzer Unterbrechung seit 12. November 2008 im [Untersuchungsgefängnis von Tucheng bei Taipei](#) ein. Verstrickt in einen Korruptionsskandal, dessen Geflecht aus Beschuldigungen, Verdächtigungen und Enthüllungen für die Bürger Taiwans kaum noch zu durchschauen ist. Ist Chen wirklich der Korruption schuldig oder ist es eher seine Frau Wu Shu-chen (吳淑珍), die seit einem Anschlag in den 80er Jahren im Rollstuhl sitzt? Wie weit sind andere Familienmitglieder darin verstrickt? Wie weit die Unternehmerelite Taiwans? Oder handelt es sich nur um eine politische Abrechnung der neuen Kuomintang-Führung mit acht Jahren DPP-Regierung (Demokratische Fortschrittspartei) und mit Chen, der ihnen nach 40 Jahren Alleinherrschaft im Jahr 2000 erstmals die Macht entrissen hatte – wie Chen selbst und viele DPP-Anhänger behaupten?

Vielleicht von allem etwas.

Am 12.11.2008 wurde Chen vom Bezirksgericht Taipei in Handschellen in Untersuchungshaft genommen und mit Kontaktsperre belegt (羈押禁見). Am 12.12. erhoben die Sonderermittler der Staatsanwaltschaft formell Anklage gegen insgesamt 14 Personen, darunter Chen, seine Frau, sein Sohn und Schwiegertochter u.a. wegen Geldwäsche und Korruption. Anklagepunkte sind Bereicherung aus einem Sonderfonds für Staatsangelegenheiten (國務機要費案), Vorteilsnahme beim Grunderwerb für eine Erweiterung des Hsinchu Science Park in Longtan bei Taoyüan (龍潭購地案) und dem Bau eines Messegeländes in Nangang bei Taipei (南港展覽館案) sowie Geldwäsche (洗錢案). Dabei geht es um knapp 500 Mill. NT (ca. 12,5 Mill. EUR). Chen streitet alles ab.

Auf eine entsprechende Beschwerde von Chens Verteidiger am 13.12. urteilte der Vorsitzende Richter beim Bezirksgericht Taipei, Chou Chan-chun (周占春), dass eine Untersuchungshaft für Chen nur ein allerletztes Mittel darstelle und in

diesem Fall nicht angebracht sei, da Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr nicht gegeben seien. Chen wurde ohne Kautions auf freien Fuß gesetzt.

Richter Chou wurde prompt Ziel heftiger Kritik durch der KMT nahestehende Fernsehsender wie [TVBS](#), einem Ableger der Hongkonger Fernsehgesellschaft [TVB](#). Angeblich habe Chou im Wahlkampf 2004 in Justizkreisen Werbung für Chen gemacht. In einem dem üblichen Prozedere widersprechenden Verfahren wurde Chou am 25.12. durch Richter Ts'ai Shou-hsün (蔡守訓) ersetzt. Die Sonderermittler legten am 30.12. Beschwerde gegen Chens Freilassung ein, woraufhin er auf Anordnung von Ts'ai wieder in Haft kam, diesmal ohne Kontaktsperre.

Schließlich erschien am 10. Februar 2009 Chens Frau Wu Shu-chen beim Bezirksgericht Taipei zu einer richterlichen Anhörung. Die Vorwürfe der Geldwäsche und Urkundenfälschung, um Gelder aus dem Sonderfonds für Staatsangelegenheiten zu erhalten, gab sie zu, ebenso den Erhalt von Geldern von verschiedenen taiwanischen Unternehmen. Den Vorwurf der Korruption wies sie zurück und erklärte, dass es sich dabei nicht um Bestechungsgelder, sondern um „politische Spenden“ gehandelt habe, die auch an die DPP geflossen seien. Ihren Mann nahm sie in Schutz und erklärte, dass er von diesen finanziellen Angelegenheiten nichts gewusst habe.

Zweifel an der Fairness des Verfahrens sind angebracht: Es wurde gegen den Grundsatz des [„gesetzlichen Richters“](#) verstoßen (s.o. Wechsel des zuständigen Richters), die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft fanden zum großen Teil in der Öffentlichkeit statt – durch fast tägliche Verlautbarungen des Sprechers der Sonderermittler vor den Mikrofonen der versammelten Journalisten, und die Staatsanwaltschaft reagierte häufig auf regelmäßige neue „Enthüllungen“ durch TVBS und andere der KMT nahestehende Sender (von 6 Nachrichtenkanälen stehen 4 der KMT nahe, 2 der DPP).

Doch es gibt auch hoffnungsvolle Zeichen für ein Funktionieren der Justiz in Taiwan: So hat der „Rat der Hohen Richter“ (大法官會議), das Verfassungsgericht Taiwans, die Praxis, Gespräche zwischen Angeklagten und ihren Verteidigern zu überwachen bzw. mitzuschneiden, als verfassungswidrig eingestuft ([taiwannews, 5.2.09](#)). Die neue Regelung soll ab 1. Mai gelten. Auch

ausländische Beobachter haben mehrfach ihre Sorgen zum Ausdruck gebracht: so z.B. der scheidende britische *de facto* Botschafter, Michael Reilly, in einer [Pressekonferenz](#) am 19. Januar. Ebenso das amerikanische Demokratie-Forschungsinstitut „[Freedom House](#)“ in mehreren [Stellungnahmen](#) und westliche Taiwan-Wissenschaftler in mehreren [öffentlichen Briefen](#) (S. 7-10) an die Justizministerin und an Präsident Ma Ying-jeou.

Ende Februar erschien Chen mehrere Tage vor Gericht. Der Richter lehnte den Antrag von Chens Anwälten auf Aussetzung der Untersuchungshaft ab und verlängerte sie zunächst bis 26. Mai. Während in den Medien die Namen praktisch aller wichtigen taiwanischen Unternehmer als Zahler „politischer Spenden“ kursieren (einschließlich des am 15.10.2008 verstorbenen Gründers der „[Formosa Plastics Group](#)“, der erklärt haben soll, er sei von Wu Shu-chen „erpresst“ worden), scheinen mehrere Kronzeugen, die sich z.T. seit Jahren im Ausland aufhalten (China, USA) bereit zu sein, es A.K.A Jeffrey Koo, Jr. (辜仲諒) gleich zu tun, der im November nach Taiwan zurückkehrte, um in dem Fall auszusagen. Gegen eine hohe Kautions wurde Chen auf freien Fuß gesetzt.

Der eigentliche Prozess begann am 25. März. Wu Shu-chen und Chen Shui-bian wurden A.K.A Jeffrey Koo, Jr. sowie ehemals persönlichen Vertrauten und dem ebenfalls angeklagten Ex-Innenminister Yu Cheng-hsien (余政憲) gegenübergestellt – es ging um die Angelegenheiten Hsinchu Science Park in Longtan und Messeprojekt in Nangang. Die Kreuzverhöre brachten noch keine Klarheit, der Prozess soll mit drei Verhandlungstagen pro Woche fortgesetzt werden.

Handelt es sich also um einen reinen Korruptionsfall, bei dem Aufsteiger wie die Chen-Familie der Versuchung der Fleischtöpfe nicht widerstehen konnten? Sollte die jahrzehntelang eng mit der KMT verflochtene Unternehmerelite sich nach dem ersten Machtwechsel im Jahr 2000 durch hohe politische Zuwendungen das Wohlwollen der neuen Regierungspartei DPP erkaufen? Welche Motivation steckte dahinter? Etwa eine Art „ausgleichender Gerechtigkeit“ für die unerschöpflichen Ressourcen der KMT, der „reichsten Partei der Welt“, deren in autoritären Zeiten angehäuften Parteivermögen bis heute weitgehend unangetastet ist? Darauf deutet auch eine Erklärung Chens hin, die er über eine internationale Pressekonferenz durch sein Büro zum Prozessbeginn am 26.3.

abgab: „In den vergangenen acht Jahren habe er alle nur erdenklichen Anstrengungen unternommen, um der über kein Parteivermögen verfügenden DPP und Parteigenossen, die entsprechenden Bedarf hatten, Spenden zukommen zu lassen, dazu gehörten sogar auch politische Bündnispartner. Die Gesamtsumme überstieg 1,3 Mrd. NT“ (ca. 30 Mill. EUR) (Liberty Times, 26.3.: [Erklärung von \[Chen Shui-bian: Die Justiz ist in eine dunkle Epoche eingetreten\]](#)). Über einige zaghafte Versuche während Chens zweiter Amtszeit, trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit, Druck für eine Regelung des KMT-Parteivermögens zu erzeugen, ist man in Taiwan bis heute nicht hinaus gekommen. Die KMT hat sich lediglich durch Verkäufe von einem Teil ihres bisherigen Firmen- und Immobilienimperiums getrennt bzw. unter die Treuhänderschaft eines von ihr selbst eingesetzten Verwalters gestellt.

Es bleibt nur zu hoffen, dass der laufende Prozess fair abläuft und zu mehr Klarheit beiträgt für eine zutiefst zerrissene Gesellschaft.

**Nächste Ausgabe:**

**Rückblick:** Nachwahlen in Miaoli (14. März) und in Taipeis Da'an-Bezirk (28. März): Dämpfer für die KMT

**Vorschau:** ECFA (Economic Cooperation Framework Agreement): Auseinandersetzungen um stärkere wirtschaftliche Anbindung an China.